

# Posener Zeitung.

Neunzigster

Jahrgang.

Nr. 322.

Donnerstag, 10. Mai.

1883.

Das Abonnement auf diese Zeitung beträgt drei Mal so  
vielen als das auf die Posener Zeitung für die Stadt  
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-  
schen Reiches an.

Bestellungen auf die Posener Zeitung für die Stadt  
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-  
schen Reiches an.

## Deutscher Reichstag.

83. Sitzung.

Berlin, 9. Mai. Am Tische des Bundesraths: Scholz.

Präsident von Leseow eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr und richtet an die Mitglieder des Hauses folgende Worte: „Meine Herren. Am 22. d. Mts. feiert ein Mann, der lange Jahre an dieser Stelle in schwieriger Zeit gestanden hat, sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum. Da der Reichstag bis zu diesem Tage voraussichtlich keine Sitzung hat, so bitte ich das Haus, mich zu ermächtigen, dem hochverehrten Präsidenten Dr. Simon die Glückwünsche des deutschen Reichstags zu diesem Feste zu überbringen. (Vehhaftes Bravo!) Ich erkenne die Stimmung des Hauses recht, wenn ich die Genehmigung als einstimmig ertheilt betrachte.“ (Zustimmung von allen Seiten des Hauses.)

Die zweite Lesung der Gewerbeordnungsnovelle wird mit der Abstimmung über § 148 fortgesetzt, bei welcher sich am Freitag die Beschlussfähigkeit des Hauses herausgestellt hatte.

§ 148 bezeichnet diejenigen Fälle, in denen eine Befristung bis zu 2000 Mark, im Unvermögensfalle Gefängnis bis zu 6 Monaten eintritt.

Die Abgg. Baumbach und Genossen beantragen, daß die Befristung nur auf Antrag eintritt, wenn ein Hausierer ohne Befugnis in eine fremde Wohnung tritt.

Der Antrag Baumbach wird mit 125 gegen 125 Stimmen abgelehnt, § 148 mit 131 gegen 130 Stimmen angenommen.

§ 139 lautet:

Mit Geldstrafe bis zu 30 Mark und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu acht Tagen wird bestraft:

1. wer den in § 42b. vorgesehenen Erlaubnißschein oder den in § 43 vorgesehenen Legitimationschein während der Ausübung des Gewerbebetriebes nicht bei sich führt, oder den Bestimmungen des § 44a. Absatz 2 zuwiderhandelt;
2. wer bei dem Gewerbebetriebe im Umherziehen dem letzten Absatz des § 56 oder dem § 60c. Absatz 1 zuwiderhandelt;
3. wer ein Gewerbe im Umherziehen, für welches ihm ein auf einen bestimmten Bezirk lautender Wandergewerbeschein erteilt ist, unbefugt in einem anderen Bezirke betreibt;
4. wer ein Gewerbe im Umherziehen mit anderen Baarengattungen oder unter Darbietung anderer Leistungen betreibt, als sein Wandergewerbeschein angeht;
5. wer bei dem Gewerbebetriebe im Umherziehen unbefugte Personen mit sich führt, oder einen Gewerbetreibenden, zu welchem er nicht in dem Verhältnisse eines Ehegatten, Kindes oder Enkels steht, unbefugt begleitet;
6. wer den polizeilichen Anordnungen wegen des Marktverkehrs zuwiderhandelt;
7. wer es unterläßt, den durch §§ 133 und 139b. für ihn begründeten Verpflichtungen nachzukommen;
8. wer, ohne einer Innung als Mitglied anzugehören, sich als Innungsmeister bezeichnet.

Die Unterlassung einer durch das Gesetz oder durch Statuten vorgeschriebenen Anzeige über Innungsverhältnisse an die Behörden, sowie Unrichtigkeiten in einer solchen Anzeige werden gegen die Mitglieder des Vorstandes der Innung oder des Innungsverbandes mit der gleichen Strafe geahndet.

In allen diesen Fällen bleibt die Strafe ausgeschlossen, wenn die strafbare Handlung zugleich eine Zuwiderhandlung gegen die Steuergeetze enthält.

Abgg. Baumbach und Genossen beantragen, die Nr. 8 zu streichen.

Abg. Ackermann bekämpft diesen Antrag, der den Wünschen der Handwerker widerspreche und eine Bestimmung aufheben wolle, die erst im Jahre 1881 in das Gesetz aufgenommen worden ist.

Abg. Baumbach: Da von dieser Bestimmung bisher fast gar kein Gebrauch gemacht worden ist, so ist es überflüssig, sie zu erhalten. Aus den Handwerkerkreisen haben sich vielfach Stimmen gegen dieselbe erhoben. Wenn wir auch gegen eine solche Bevorzugung der Innungsmeister protestieren, so sind wir doch darum keineswegs Gegner der Innungen; wir wollen nur, daß sich die Innungsmeister endlich ebenfalls auf den Boden der bestehenden Verhältnisse stellen. Bei dieser Gelegenheit will ich auch den unberechtigten Vorwurf des Herrn v. Kleist-Retzow zurückweisen, als ob durch den Hausirhandel das Kleingewerbe vernichtet würde. So lange Herr v. Kleist das nicht beweist, wird er mir gestatten müssen, es nicht zu glauben. (Bravo! links.)

Geb. Rath Böcker: Der Herr Vorredner ist den Beweis für seine Behauptungen gleichfalls schuldig geblieben; denn es ist doch kein Beweis für die Notwendigkeit seines Antrages, wenn er sagt, daß von der Bestimmung bisher kein Gebrauch gemacht worden ist. Ich kann Sie nur bitten, den Antrag abzulehnen.

Abg. Frhr. v. Minnigerode behauptet, daß die Liberalen bei ihrer feindseligen Haltung gegen das Innungswesen vor dem Worte „Innungsmeister“ einen begrifflichen Abscheu haben müssen. Aber diese Bezeichnung solle gewissermaßen die Tüchtigkeit des Trägers derselben beweisen.

Abg. Büchtemann sieht in der Bezeichnung „Innungsmeister“ eine ungerechtfertigte Auszeichnung, die darum bedenklich ist, weil durch sie im Publikum falsche Vorstellungen über die Bedeutung dieses Begriffes hervorgerufen werden könnten. Herr v. Minnigerode wird sich für obligatorische Innungen wohl nicht im Ernst aussprechen, da deren Undurchführbarkeit so gut wie erwiesen ist, und für freie Innungen treten die Liberalen gleichfalls ein, indem sie allerdings den Handwerkern sagen, daß nur auf dem Boden der Selbstständigkeit das Handwerk gerettet werden könne.

Abg. v. Kleist-Retzow behauptet, daß die Liberalen den bestehenden Zustand aufheben, mit den Gesellen-Innungen die Meister-Innungen ruinieren wollten.

Abg. Baumbach glaubt, daß durch Ausbildung des Genossenschaftswesens dem Handwerk mehr, als durch Innungen geholfen werden könne. Bedauerlich ist es, daß man die Handwerkerfrage stets in den Wahlkampf hineinzieht, wie es von den Konservativen stets geschieht, und was auch der Zweck der Volksversammlung gewesen ist, zu der die Liberalen unlängst eingeladen waren, und an der nicht Teil genommen zu haben Herr v. Röllern ihnen neulich vorwarf. Wir wollen, daß jeder von seinen Kräften den ausgiebigsten Gebrauch mache zu seinem Erwerbe und darin durch keine Schranken gehindert werde. (Bravo! links.)

Abg. Frhr. v. Minnigerode behauptet wiederholt, daß das Publikum bei den Innungsmeistern eine höhere Garantie für ihre Thätigkeit und Leistungsfähigkeit hat. Keine Stellung zu den Zwangsinnungen kann ich jetzt nicht präzisieren, doch erkläre ich, daß ich, wenn ich dieses Mittel vermeiden kann, es gern vermeiden werde. Die neulich vorgeschlagenen „Geselleninnungen“ betrachte ich wie eine gegen das ganze Handwerk gerichtete Dynamitbombe.

Abg. Büchtemann: Die Innungen sind für mich insofern von Bedeutung, als sie eben auf dem Boden der Freiheit erwachsen sind. Was die Geselleninnungen betrifft, so werden dieselben sogar von Adolf Wagner für notwendig erachtet und selbst Innungsmeister haben sich für dieselben erklärt. Damit in diese Organisation genügend legitimiert und mer den Boden für die sozialpolitischen Vorlagen will, der möge diese Geselleninnungen protegieren und als gleichberechtigt mit den Meisterinnungen anerkennen.

Die Debatte wird darauf geschlossen und der Antrag Baumbach mit 123 gegen 139 Stimmen abgelehnt und darauf § 149 angenommen. Ebenso ohne Debatte § 150 und Art. 13, welcher bestimmt, daß die beschlossenen Änderungen am 1. Januar 1884 in Kraft treten.

Ueber den Rest des Gesetzes entspinnt sich keine wesentliche Debatte.

Damit ist die zweite Lesung der Gewerbeordnung beendet.

Es folgt die Beratung über den Antrag Thilenius.

1. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, er wolle eine Kommission von Sachverständigen berufen, welche unter Leitung eines Reichskommissars auf deutschem Gebiet a. die derzeitigen Stromverhältnisse des Rheines und der ihm zuströmenden Nebenflüsse, mit Einschluß des Oberlaufs derselben, untersucht; b. unter geeigneter Anhörung von Interessenten der Land- und Forstwirtschaft, beziehentlich des Weinbaues aus den betheiligten Landesstellen die Frage prüft, ob und wie weit die betreffenden Stromverhältnisse auf die in den letzten Jahren sich häufen und in jüngster Zeit so ungewöhnlich verheerlichen Hochfluthen des Rheines von Einfluß gewesen sind; c. je nach dem Ergebnis dieser Untersuchungen Maßregeln vorschlägt, wie durch Abänderung, beziehentlich Verbesserung jener Stromverhältnisse künftiger Gefahr möglichst vorgebeugt werden kann;
2. den Herrn Reichskanzler ferner zu ersuchen, er wolle f. z. von dem Ergebnis dieser kommissarischen Untersuchungen dem Reichstag Mittheilung machen;
3. in Erwägung zu ziehen, ob nicht von Reichswegen regelmäßige Meldungen von Hochwasserständen sämtlicher deutschen Ströme an die betheiligten Uferbewohner einzurichten seien.

Abg. Dr. Thilenius giebt zunächst ein Bild von den letzten Ueberschwemmungen des Rheins. Auffallend ist es, daß zu derselben Zeit in ganz Westeuropa bedeutende Regengüsse konstatiert wurden. Man erklärte es sich erst durch die Entwaldungen, doch da die Schweiz, wo am meisten entwaldet wird, von den Hochwassern verschont wurde, während die waldreichsten Gegenden Deutschlands am meisten dadurch litten, so ist diese Annahme schwer zu rechtfertigen. Erst schwoll der Neckar mächtig an, dann kam die Mosel, darauf folgte der Rhein. Kleine Flätschen, die man sonst kaum kannte, schwollen zu Strömen an und verheerten in entsetzlicher Weise das Land. Wenn man die Hochwasser verfolgt, dann sieht man, daß sie mit den Regengüssen in engstem Zusammenhange stehen. In den Jahrzehnten, in denen wenig große Regengüsse zu verzeichnen sind, waren auch niemals Ueberschwemmungen. Die Rheinstromverhältnisse sind nicht der Art, daß sich kolossale Wassermassen in dem Bette bewegen können, ohne die Ufer zu beschädigen und selbst in normalen Verhältnissen leiden die Stromufer durch die Wassermassen, welche die Nebenflüsse in den Rhein entleeren. Man kann nicht leugnen, daß man bisher nur die Interessen der Schifffahrt, nicht aber die übrigen Stromverhältnisse berücksichtigt hat. Ebenso verfuhr man bei den Nebenflüssen, auch hier wurde nur den Schifffahrtsverhältnissen Aufmerksamkeit geschenkt. Nur Baden ließ sich die Korrektur der Oberläufe angelegen sein, und auch Bayern berücksichtigt jetzt mehr und mehr die Interessen der Landwirtschaft bei der Regulierung der Stromverhältnisse. Bedauerlicher Weise existieren bisher noch keine genügenden Beobachtungsstationen über die Niederschläge, über den Wasserstand u. s. w. und es muß hier neben einer einheitlichen Regelung auch eine bedeutende Vermehrung dieser Beobachtungsstationen erfolgen. Das Ausland, besonders Frankreich, ist uns hierin bedeutend voraus und in Nordamerika sind alle diese Verhältnisse in musterhafter Weise geregelt. Durch den Mangel dieser Einrichtungen bei uns leidet nicht allein die Schifffahrt, sondern auch die Landwirtschaft. Man hat in Deutschland noch nicht begriffen, welchen Werth für den nationalen Wohlstand die Regelung der Wasserfrage ist. Dieselbe kann nur durch das Reich erfolgen, indem es sich bemüht, eine Verständigung mit den Einzelstaaten zu gemeinsamen Vorgehen herbeizuführen, ohne in die territorialen Befugnisse einzugreifen. Eine Zentralstelle wäre natürlich unvermeidlich. Die Befugnis des Reiches für diese Regulierung folgt schon aus dem Recht der Reichsaufsicht über die Schifffahrt. Ganz ohne Material sind wir auf dem Gebiete nicht mehr, früher bereits hat eine Kommission durch fleißige Arbeit viel wichtige Unterlagen für weitere Thätigkeit geschafft. Die beste Unterstützung hat mein Antrag durch eine Anzahl von Broschüren aus den Kreisen von Technikern gefunden. Der Anfang muß mit dem Rhein gemacht werden; die Korrektur der übrigen Flüsse wird dann nachfolgen. Die Arbeit ist eine dringende und ich bitte die Herren durch Annahme meines Antrages zur Abhilfe eines bedeutenden Mißstandes beizutragen. (Beifall.)

Unterstaatssekretär im preussischen landwirthschaftlichen Ministerium Marcard: Der Herr Reichskanzler hat bald nach der traurigen Katastrophe aus eigener Initiative Schritte gethan und Mittel gesucht, um derartigen Ereignissen in Zukunft vorzubeugen. Aus solchen Erwägungen heraus sind technische Vorarbeiten angeordnet worden, die bis jetzt allerdings noch kein abgeschlossenes Ergebnis geliefert haben. Die Reichsregierung hat jedoch mit Ernst und Nachdruck ihre Aufmerksamkeit auf jene Verhältnisse gelenkt. Ob die Reichsregierung den von den Antragstellern gewünschten Weg der Niederlegung einer Kommission unter Leitung eines Reichskommissars einschlagen wird, oder ob sie Jhnen ein dauerhaftes Mittel vorschlagen wird, kann ich zur Zeit nicht sagen, sie wird sich erst nach dieser Anregung darüber schlüssig machen. Meine persönliche Ansicht ist, den zahlreichen Vorschlägen auf Verbesserungen der Waldpflege, Anlage von Reservoiren und Deichen zc. gegenüber, daß man solchen plötzlichen durch ganz

abnorme Niederschläge hervorgerufenen Ueberschwemmungen wirksam nur entgegenzutreten könne durch Erweiterung des Hochwasserprofils. Ist man genöthigt, den Strom auf ein enges Bett zu konzentrieren, so werden die zuerst angegebenen Mittel alle nicht helfen, oder doch nur für gewöhnliche Verhältnisse. Man stellen sich ja solcher Erweiterung die größten Schwierigkeiten natürlicher und technischer Art entgegen, aber diesen Gesichtspunkt darf man nie aus den Augen lassen, wenn man an eine wirksame Lösung der Ueberschwemmungsfrage für unsere großen Ströme geht. Im Uebrigen bin ich mit Zielen des Antrages ganz einverstanden.

Abg. Dr. Marquard schließt sich den Ausführungen des Abg. Thilenius an und hebt hervor, daß namentlich die Deutschen Amerikas durch ihre ergiebige und bereitwillige Hilfe sich ein neues schönes Denkmal in den Herzen aller Vaterlandsfreunde gesetzt haben. Er beklagt sodann die nichttheilnehmenden Stromregelungen und Bestimmungen in Bezug auf das Rheingebiet überhaupt, und bittet, dafür Sorge zu tragen, daß der Rhein wieder ganz als deutscher Strom betrachtet und behandelt werden möge.

Abg. Dieke (Barb): Ich hätte gewünscht, daß der Antrag Thilenius sich nicht allein auf den Rheinstrom bezogen, sondern auf die Prüfung der Wasserhältnisse sämtlicher deutscher Ströme ausgedehnt worden wäre. Soll denn wirklich die Wasserfluth allein aus der Entwaldung entstanden sein? Oder sollten nicht auch die Flußkorrekturen dazu beigetragen haben? Durch eine langjährige praktische Erfahrung in meiner Heimath bin ich zu dieser lehrreichen Anschauung gekommen. In früherer Zeit waren die Hochwasser seltener, sie haben zugenommen seit der Zeit, mit welcher die Korrekturen der Flüsse in Angriff genommen wurden, also seit etwa 25 Jahren, und erst noch im Jahre 1876 mußte an dem rechten Elbufer in Folge der dort vorgenommenen Reliorationen und Korrekturen ein ähnliches Unglück konstatiert werden, wie jetzt am Rhein, so daß sich die preussische Regierung in die Lage versetzt sah, ein Nothstandsgezet in Anregung zu bringen. Ich sehe nicht ein, warum bei einer Korrektur des Flusses nur immer auf die Schifffahrt, und nicht auch auf die Uferbewohner Bedacht genommen werden soll. Ich meine, eine solche Korrekturenkommission hat die Verpflichtung, gleichzeitig mit der Regelung des Flußbettes auch Schutzmaßregeln für die Uferbewohner zu treffen. Einen Vorschlag auf Erweiterung des Antrages Thilenius will ich hier nicht stellen, ich kann aber die Bemerkung nicht unterdrücken, daß die Strombauverwaltung, die ja in Bezug auf die Schaffung von Fahrwasser so unglaubliches geleistet und große Verdienste hinsichtlich der Wasserfragen sich erworben hat, in Zukunft bei den Korrekturen nicht nur auf die Schifffahrt, sondern auch auf die Uferbewohner Rücksicht nehmen möge, damit ähnliche Unfälle, wie wir sie bei Gelegenheit der jüngsten Rheinstromveränderungen erleben mußten, sich nicht wiederholen. (Beifall rechts.)

Abg. von Schalscha erklärt sich gegen den Antrag, der nach den Erklärungen des Regierungskommissars überflüssig sei, ebenso

Abg. Reichensperger (Greif), während

Abg. Uhden die landwirthschaftlichen Verhältnisse bei den Stromkorrekturen mehr berücksichtigt wünscht.

Abg. Herwig bemerkt, daß zwischen Baden und Bayern Konventionen bestehen zu gemeinsamen Flußregulierungen und daß die Kalamitäten niemals den Umfang angenommen hätten, wenn auch von anderer Seite in ähnlicher Weise vorgegangen worden wäre. Hätten die anderen Rheinstaaten gleichfalls fortritten, so wäre keine Verarmung des Rheins möglich gewesen und das Unheil wäre nicht eingetroffen. So aber sind wir nicht im Stande gewesen, das Wasser oben bei uns zu behalten. (Heiterkeit.)

Abg. Grad erklärt sich für den Antrag Thilenius, obwohl er gegen denselben mancherlei Bedenken entwickelt. Besonders der Ansicht tritt er entgegen, daß durch die Erweiterung des Hochwasserprofils den Kalamitäten gesteuert werden könne.

Die Debatte wird darauf geschlossen und der Antrag Thilenius angenommen.

Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahl des Abg. Dr. Sänel (VII. Schleswig-Holstein) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären, da die Wahlzettel der Sozialdemokraten als Drucksachen behandelt und von der Polizei konfisziert worden sind.

Abg. Frhr. v. Minnigerode beantragt, diese Wahl für gültig zu erklären, da die Zahl der Stimmen, die Abg. Sänel über die absolute Majorität erhalten hat, sehr bedeutend ist und nach seiner Meinung die Sozialdemokraten deshalb nicht an der Wahl gehindert worden sind, weil ihnen zwar die gedruckten Zettel abgenommen wurden, ihnen aber frei stand, geschriebene Zettel abzugeben. Man behauptet zwar, daß viele Sozialdemokraten durch die Mängel der Polizei von der Wahl abgehalten worden sind. Das ist aber eine leere Vermutung, die durch Nichts erwiesen ist. In Kiel und Rendsburg haben sich ca. 3000 Wähler nicht an der Wahl betheiligt; das ist zwar eine große Zahl, aber es haben trotzdem 58 Prozent gewählt, und das ist ein ganz vortheilhaftes Resultat, wie es sonst nicht oft vorkommt. Alle diese Gründe machen es geradezu unmöglich, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. Gensolt erinnert an die sächsischen Wahlen, die sehr zahlreich beanstandet sind aus dem gleichen Grunde. Die Konservativen wollen hier in diesem Falle eine Präzedenz schaffen, um die Kassation der sächsischen Wahlen unnötig zu machen. Es vertritt sich nicht mit dem Sozialistengesetz, in der Weise, wie in Kiel, gegen die Sozialdemokraten vorzugehen. Ohne gedruckte Wahlzettel würden wir viel schlechtere Resultate bei den Wahlen haben und wenn durch einen Uebergriff der Polizei diese konfisziert worden sind, so ist das ein unberechtigter Eingriff, welcher die Kassation der Wahl notwendig macht. Wer nicht den unberechtigten Eingriffen der Polizei Thür und Thor öffnen will, der muß den Antrag der Kommission annehmen. Bedauerlich ist es allerdings, daß die Sünden der Behörden von den Wahlkreisen getragen werden müssen. (Bravo! links.)

Abg. von Kardorff ist der Meinung, daß die Liberalen diese Wahl nur deshalb kassieren wollen, um nachher bei den sächsischen Wahlen ebenso verfahren zu können. Nach seinem Dafürhalten ist die Wahl des Abg. Sänel gültig.

Abg. Möller vertheidigt die Kommission gegen die von dem Vorredner ausgesprochene Insinuation. Die Kommission hat sich stets bemüht, objektiv zu verfahren und hat diesen Beschluß mit 9 gegen 1 Stimme gefaßt. Zur Majorität gehörten dort auch Konserervative.

Abg. Frhr. v. Minnigerode hält die Eingriffe der Polizei für nicht so bedenklich, wenn man stets so rigoros verfahren wolle, müßten alle Wahlen für ungültig erklärt werden.







Verantwortlicher Redakteur: E. Fontane in Posen.  
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate  
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung

(Nur die Gewinne über 105 Mark  
sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)  
(Ohne Gewähr.)

142 55 210 17 21 24 62 425 (20) 563 613 (180) 39 87 744  
 307 (180) 940 56 66. **680**33 39 (120) 98 93 124 66 290 99  
 305 7 51 407 593 94 (150) 600 84 (150) 717 (120) 36 72 922  
 63 (120). **690**12 15 16 38 51 57 58 87 296 364 566 611 50  
 718 (120) 44 48 80 88 837 72 77 916 54.  
**700**44 52 54 69 (120) 89 97 140 84 229 358 81 (120) 83

Meteorologische Beobachtungen zu Posen  
im Mai.

Wärme-Minimum:  $+10^{\circ}6$

### Wasserstand der Warthe.

9.	Mittags	1,40
10	Morgens	1,30

**Telegraphische Börsenberichte.**

90½, Lombarden 12½, 3proz. Lombarden alte 11½, 3proz. do. neue 11½,  
6proz. Russen de 1871 86½, 6proz. Russen de 1872 86, 6proz. Russen

### Produkten-Kurse.

Stroh 12-15 M. (Distee=3tg.)



